

Warum ein überhasteter und von allen Hemmnissen befreiter Ausbau der Windenergie keine Lösung der aktuellen Energiekrise ist.

Ein kritischer Beitrag von
Prof.Dr. Werner Mathys, RA Thomas Mock und Dr.Wolfgang Epple

1. Der geplante stark forcierte Ausbau von Windanlagen wäre technisch nur sinnvoll, wenn genügend Netze auf allen Spannungsebenen vorhanden sind, um den Strom zu den Verbrauchern zu transportieren. Das ist aber heute und für die nächsten Jahre nicht der Fall. Der Netzausbau, auch der HGÜ, liegt weit hinter allen Zielen zurück.
Es sollen also Windanlagen gebaut werden, für deren Strom die Netze fehlen, was die Windanlagen und das EE-System massiv ineffizient und extrem teuer macht und nur Geld in die Kassen der Projektierer spült.
2. Überschussstrom kann nicht sinnvoll genutzt werden. Er muss verklappt werden oder die Anlagen müssen bei voller Kostenerstattung (EEG §§12, 13) für die Betreiber abgeregelt werden. Die Netzbetreiber müssen mit Milliardenkosten für den Verbraucher immer mehr in die Steuerung der Systeme eingreifen (Redispatch).
3. **Durch die im EEG, Anhang 2 Nr.7.1 a) - d) iVm 7.2, geregelte großzügige Erstattung**, auch wenn kein Strom eingespeist werden kann, oder aus artenschutzrechtlichen oder Lärmgründen Anlagen abgeregelt oder abgeschaltet werden müssen, **fehlt jeder Anreiz für einen angebotsorientierten sinnvollen und naturverträglichen Ausbau**. Auch die für einen optimalen Stromertrag viel zu dichte Bebauung der Anlagen, wodurch sie sich gegenseitig bis zu 30% Wind wegnehmen, wird durch die Subventionierung im EEG so ausgeglichen, als ob sie 100% produziert hätten. Die Regelungen im EEG sind ein „rundum Wohlfühlpaket“ für die Betreiber, die deshalb überall Windanlagen bauen wollen, weil sie in jedem Fall - ob Strom eingespeist wird oder nicht oder dieser sinnvoll verwertet werden kann - eine 100% Vergütungen gemäß EEG bekommen.
4. Die Bürger werden durch dieses unsolidarische, unsoziale und offensichtlich nur auf Finanzinteressen beruhende System, das völlig unwirtschaftlich ist und keine Versorgungssicherheit schafft, missbraucht.
EIN IN DIESER WEISE EINSEITIG VERBRAUCHER UND BÜRGERSCHAFT FINANZIELL BELASTENDES SYSTEM IST ABZULEHNEN.
5. 100% - Versorgung mit EE ist nicht möglich: Erstens, da Windanlagen die 50Hz-Frequenz der Netze nicht sichern können und zweitens wegen der hohen Wetter und Jahreszeit bedingten Volatilität der EE. Es müsste das Vielfache an Leistung installiert werden, um über einen Überschuss unter Inkaufnahme der Umwandlungsverluste im Speicher (ein/ausspeichern) ausreichend Strom für Dunkelflauten zu haben. Dafür aber gibt es in D nicht genug Flächen.
6. Ein großer Anteil der Energieversorgung wird deshalb Wasserstoff sein. Dieser Wasserstoff wird aber aus dem Ausland kommen müssen, weil er in D nicht wirtschaftlich hergestellt werden kann. Das wird D zusätzlich bzw. weiterhin stark abhängig von Energieimporten aus dem Ausland machen.
7. **Selbst eine theoretisch rechnerische 100%-Versorgung mit Erneuerbaren Energien wäre nur unter grundsätzlicher Importabhängigkeit von Produkten, Rohstoffen und Energie auch aus politisch unsicheren und undemokratischen / autokratischen Ländern möglich**. Die EE machen energiepolitisch absolut nicht unabhängig, sondern verlagern nur die Abhängigkeiten in hohem Maße, insbesondere nach China.
8. Wegen des hohen Materialbedarfes der großen Windräder (bis zu 7.000t pro Anlage), insbesondere an Stahl, Gusseisen, dem besonders klimafeindlichem Beton und Carbonverbundstoffen, sind kurzfristig keine Kapazitätserhöhungen bei der Produktion möglich. So sind z.B. die Gießereien in ganz Europa bereits völlig ausgelastet. Der Materialbedarf steht in Konkurrenz mit anderen essentiellen Fertigungsprozessen. Allein dadurch werden dem geplanten Ausbau

Grenzen gesetzt. **Die Planungen zur Ver-X-fachung der Windkraft lassen sich kurzfristig allein aus diesen Gründen der Knappheit nicht verwirklichen.**

9. **Die schändliche Ausnutzung des ebenso schändlichen Überfall-Krieges gegen die Ukraine durch die EE-Branche, um ihre Profitinteressen mit dem nicht haltbaren Versprechen einer Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern oder gar Erreichen von Energieautarkie durchzusetzen, ist verwerflich und wird aufs Schärfste kritisiert.**
10. Wegen auch noch in Jahren fehlender und auch bezahlbarer Speicher sind auch in Zukunft konventionelle Kraftwerke als Backup-System unverzichtbar. Diese müssen in der Lage sein, den gesamten Stromverbrauch zu decken, wenn der Wind nicht weht und/oder die Sonne nicht scheint. Die Notwendigkeit eines Backupsystems führt zur enormen Verteuerung elektrischer Energie.
11. **Windkraft ist keine kurzfristige Lösung der aktuellen Krise. Dies ist eine Illusion, ein reiner Marketing Gag der Windlobby.**
12. Die angestrebte Einstufung der Windkraft als „Wesentlicher Faktor für die nationale Sicherheit“ oder im „Überragenden öffentlichen Interesse“ soll das rechtsstaatlich verankerte Prinzip der Güterabwägung aushebeln. Der geplante absolute Vorrang der Erneuerbaren Energien gegen andere grundgesetzliche Rechtsgüter bis zur Erreichung einer fiktiven „Klimaneutralität“, namentlich der Vorrang gegen die Rechtsgüter körperliche Unversehrtheit und Schutz der Natur und der Tiere (Art. 2 GG und Art. 20 a GG), verstößt gegen die Verfassung und begrenzt in Folge auf breiter Ebene Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten jetziger und künftiger Generationen. **Der eintretende Mangel ergebnisoffener Güterabwägung belastet einseitig die gesundheitliche und finanzielle Grundlage der Landbevölkerung. Neben der Einengung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sollen alle vorhandenen Restriktionen zum Artenschutz und Gesundheitsschutz - bis zur Inkaufnahme von Rechtskonflikten auf europäische Ebene - beseitigt werden. Offensichtlich soll durch Worte ersetzt werden, was Windanlagen physikalisch nicht leisten können, durch eine Art "Neusprech" wie in George Orwells "1984". Wir Bürger lehnen diese nur Lobbyinteressen dienende Einordnung der Windkraft als Objekt der öffentlichen Sicherheit und als im öffentlichen Interesse liegend entschieden ab.**
13. Der Naturschutz und alle Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität – ein zentrales Ziel der EU – bleiben komplett auf der Strecke. Jahrzehntelange Naturschutzarbeit wird zunichte gemacht. Die einseitige und rücksichtslose Priorisierung der EE, besonders der Windkraft, verstößt dabei nicht nur gegen die Biodiversitätsstrategie der EU, sondern gravierend auch gegen die gemeinsame Empfehlung von IPCC und IPBES, Klimaschutz und Schutz der Natur zumindest gleichrangig zu betrachten. **Die auch durch Ausbau der EE verursachte Gefährdung der Biodiversität bedeutet gegenüber dem Klimawandel die größere Bedrohung für die Weltgemeinschaft.**
14. Im Namen des als alternativlos dargestellten Windkraft-Tsunami sollen aber nicht nur Landschaften, Biodiversität und Natur geopfert werden, sondern auch die Gesundheit von Menschen und Tieren, da immer lauter eine Abkehr selbst von geringsten Abstandsregeln gefordert wird. Eine vom PIK verantwortete Studie ergab, dass eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde oder der Bürger nur 1% der Betroffenen bewegen würde, ihre kritische Meinung gegenüber großtechnischen Windindustrieanlagen zu ändern. Sie würden aus Überzeugung Natur und Landschaft nicht hergeben wollen, erst recht nicht gegen Geld. Es sind die als „Nimbys“ verunglimpften kritischen Bürger, die sich vor Ort um ihre Heimat, ihre Natur und die Zukunft ihrer Kinder kümmern und die Rolle der erkennbar mit der Windkraftindustrie paktierenden, ehemals dem Naturschutz verpflichteten Umweltorganisationen einnehmen und ersetzen.
15. Es wird ein angeblich alternativloses Energiesystem gefördert, dass dem Zieldreieck Wirtschaftlichkeit (Bezahlbarkeit), Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit in keinem Punkt entspricht, aber auf dauerhafte Subventionen angewiesen bleibt.
16. Ein von allen Hemmnissen befreiter und unkontrollierter Tsunami-gleicher Ausbau der Windkraft wird Deutschland in eine Industrielandschaft verwandeln, aber weder Versorgungssicherheit garantieren können noch die weitere Nutzung fossiler Kraftwerke verhindern.

Ein solcher entfesselter Ausbau ist nicht nur unnötig, sondern schlicht der falsche Weg – auch in Hinblick auf den Klimaschutz.

17. Die aufgezählten Kritikpunkte an einseitiger überhasteter Priorisierung der EE, speziell der Windkraft, führen zu weitreichenden gesellschaftlichen Verwerfungen. Um die Natur zu schonen und den sozialen Frieden zu bewahren, ist Deutschland als hochentwickeltes Industrie- und Technologieland gefordert, ohne Tabus nach umwelterhaltenden Wegen zu suchen, die Energieversorgung unter Berücksichtigung heimischer Quellen kurz-, mittel- und langfristig zu bewerkstelligen. Dazu muss auch die kurzfristige Nutzung der Braunkohle und Bereitstellung ausgereifter Kraftwerkstechnik mit CO₂-Abscheidung erwogen werden, wenn auf absehbare Zeit eigene Vorkommen gegen Kohle-Import oder gegen eine ohnehin stattfindende oder drohende Verdrängung von Gas nach dem Merit-Order Prinzip abgewogen werden muss. Ein Weiterbetrieb der noch vorhandenen sicheren Kernkraftwerke und mittelfristig die Berücksichtigung der zukunftssträchtigen Kernkraft der „vierten Generation“ ist aus den gezeigten Gründen der absoluten Flächenknappheit und Flächenkonkurrenz der EE mit Naturschutz und Ernährungssicherung zu ermöglichen. Die technologieoffene Einbeziehung neuer Entwicklungen muss sich auch auf weitere Optionen wie CCS (Carbon Capture and Storage) erstrecken.
18. **Alles, was Kosten senkt, mit der Natur in der Bilanz so schonend als möglich umgeht und die Menschen gleichermaßen schont, muss ohne ideologische Scheuklappen geprüft und bei erkennbaren Vorteilen verwirklicht werden.**

Greven, Königswinter, Außernzell, 29.03.2022

Dr.Werner.Mathys@t-online.de

rathomas.mock@t-online.de

wolfgang.epple@web.de

www.gegenwind-greven.de